

# Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Redigirt von J. B. v. Hoffkotten und J. B. v. Schweizer.

Redaction und Expedition: Berlin, Dreßdnerstraße Nr. 85.

**Abonnement-Preis** für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den königl. preussischen Postämtern 22 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 3/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Thlr. (fl. 1. 45. südd., fl. 1. 50. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expediteur, von der Expres-Compagnie, Scharrenstr. 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition anzugeben) werden pro dreizehntelne Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

## Politischer Theil.

Berlin, 27. November.

Die italienische Thronrede ist, abweichend von der gewöhnlichen Bedeutung derartiger offizieller Kundgebungen in anderen Staaten, für uns schon deshalb von besonderem Interesse, weil die heutige italienische Regierung nur durch Betretung der revolutionären Bahn zur Herrschaft gelangt ist und, wegen der nationalen und volksthümlichen Ziele, die sie mit zwingender Nothwendigkeit anstreben muß, noch fortwährend zu einer revolutionären Politik getrieben wird.

Wir sagen mit zwingender Nothwendigkeit: der Wille der italienischen Nation ist es, der, kraft des revolutionären Princips, dem gekrönten Erben der Revolution gebieterisch die Bahnen vorzeichnet, welche er zu wandeln hat.

Rom, Venedig und Befreiung von der geistbedrückenden Herrschaft der römischen Kirche sind zunächst die Hauptziele, deren Verfolgung die Nation ihm übertragen hat, aber auch ebenso sehr das wohlverstandene Interesse seiner Selbsterhaltung erheischt.

Denn sehr gut weiß er, daß die Nation seinen Thron bedrohen, vielleicht siegreich über denselben hinwegschreiten würde, wenn er, dessen Ursprunges uneingedenk, von jener Bahn abweichen wollte.

Die jüngste Thronrede Victor Emanuels berechtigt wohl neuerdings zu der Annahme, daß er dies vollständig erkannt hat und immer mehr des Gedankens an eine Zauderpolitik sich zu entschlagen beginnt.

Diese Rede ist bemerkenswerth durch die Entschiedenheit, mit der sie auf „eine Erfüllung der Geschichte Italiens“ hinweist.

Bezüglich der Stellung zu Rom läßt sie sich folgendermaßen aus:

Beim Schlusse der letzten Session nahm meine Regierung aus Achtung vor dem Oberhaupte der Kirche und aus dem Wunsche, die religiösen Interessen der Majorität des Landes zu befriedigen, Vorschläge zu Verhandlungen mit dem heiligen Stuhle an. Sie müßte sie aber von dem Augenblicke an abbrechen, wo die Rechte meiner Krone und die der Nation sich verletzt finden könnten. Die Hülfe der Zeiten und die Macht der Ereignisse werden aber die Frage zwischen dem Königreiche Italien und dem Papstthum lösen. Uns fällt vor der Hand anheim, der Convention vom 15. September getreu zu bleiben, welche Frankreich in der festgesetzten Zeit vollständig ausführen wird.

Diesem gegenüber halte man jedoch, was der König über den nothwendigen Stand der Land- und Seearmeen äußert:

Es ist mir äußerst schmerzlich, daß eine dringende Nothwendigkeit mich zwingt, neue Opfer von meinem Volke zu verlangen. Gewiß wird sein Muth es nicht im Stiche lassen. Die Opfer, welche es bereits mit einer so bewunderungswürdigen Standhaftigkeit ertragen, bürgen mir dafür.

Und ferner:

Indem wir so vorwärts gehen, werden weder die Falschheit unserer Feinde, noch das Unglück unser Werk vernichten können. Eine tiefe, unvermeidliche Veränderung geht bei den europäischen Völkern vor sich. Die Zukunft ist in den Händen Gottes. Wenn die Erfüllung der Geschichte Italiens neue Himmelsrichtungen herbeiführen sollte, so bin ich überzeugt, daß seine tapferen Söhne sich von Neuem um mich scharen werden.

Sodann zum Schlusse der Rede:

Wenn die moralische Kraft der Civilisation zur Geltung kommen wird, so wird der gerade und reife Geist der Nation nicht verfehlen, daraus Nutzen zu ziehen.

Meine Herren Senatoren! Meine Herren Deputirten! Damit unter allen Umständen die Ehre und das Recht Italiens un verletzt bleiben, ist es nothwendig, auf dem Wege der nationalen Politik diesen vorzugehen. Was mich betrifft, sicher Ihrer Unterstützung, vertrauensvoll auf die Zuneigung des Volkes und auf die Tapferkeit der Arme, so werde ich dem edlen Unternehmen nie fehlen, welches wir unseren Nachkommen vollendet hinterlassen müssen.

Endlich sagt er über das Verhältniß des Staates zur Kirche und über die Aufhebung der religiösen Körperschaften:

Das italienische Volk muß sich von den Ueberresten der Vergangenheit loslösen, welche die volle Entwicklung seines neuen Lebens verhindern. Sie werden daher gleichfalls über die Trennung der Kirche vom Staat und über die Aufhebung der religiösen Körperschaften zu berathen haben.

Wir denken, diese Sprache ist unzweideutig genug.

Dazu wurde unlängst aus Neapel eine bisher nicht dementirte Aeußerung des Königs gegen eine Deputation des dortigen Arbeitervereins berichtet, wonach Victor Emmanuel unter Anderem gesagt haben soll:

Meine Fremde! Was das Nationalwerk anbetrifft, so werde ich selbst es vollführen oder meinen Namen dabei verlieren. Wir sind auf dem Wege nach Rom; in Betreff Venedigs ist Geld und Blut erforderlich; Ihr wie ich, wir werden das Eine wie das Andere bieten.

Wenn demnach nicht alle Zeichen trügen und nicht etwa:

„Nur reden will ich, Dolche keine brauchen“ der Sinn dieser Kundgebungen war, so ist es nicht der Friede, worauf sich für das kommende Jahr aus dieser Thronrede schließen läßt.

## Deutschland.

\* Berlin, 24. Nov. [In der Drohnotenangelegenheit] wird neuestens die Wiener Nachricht, daß in den preussischen Depeschen, welche die frankfurter Angelegenheit betreffen, die Ansicht vertreten sei, „es müsse gegen das strafwürdige Frankfurt eingeschritten werden, und zwar auf dem Wege der Rechtsensaltung durch die beiden Großmächte in Frankfurt selbst.“ als ungegründet bezeichnet. Preußen hätte in Wien in seinen Depeschen das Vorgehen gegen Frankfurt von Seiten des Bundes, nicht aber durch ein besonderes Auftreten der beiden Großmächte in Vor-

schlag gebracht. Das wiener Cabinet werde sich dieser Auffassung sehr wahrscheinlich anschließen, so daß die Herbeiführung einer Aufforderung des Bundestages an alle deutschen Regierungen, die Bundesnormen über das Press- und Vereinswesen zur allgemeinen Geltung zu bringen, nicht beabsichtigt werde. (?) Also doch durch den Bund?

[Aus den Elbherzogthümern] wird zum Verbote der Holsteinischen Zeitungen für Schleswig berichtet, daß General v. Mantuffel dem Statthalter v. Gablenz, und zwar unter ausdrücklicher Angabe der Gründe, von seiner Verfügung directe Anzeige gemacht habe. Unzweideutig sollte dadurch dem österreichischen Statthalter ein Mißtrauensvotum ertheilt und angeordnet werden, wie er sein Regiment in Holstein einzurichten habe, um es mit dem in Schleswig gewünschte Uebereinstimmung zu bringen. General v. Gablenz dagegen äußerte, gelegentlich einer in Wilsdruf gehaltenen Ansprache, unter Anderem: „Ich werde die bestehenden Landesgesetze beachten, damit kein Holsteiner bei meinem eventuellen Weggehen von hier sagen kann: Ich habe rechtlos regiert. Ich will hier im Lande nicht als Türkscher Pascha regieren.“ In der That, eine sprechende Illustration zur „vormächtlichen Allianz“ und der in diesem Augenblicke herrschenden gegenseitigen Verstimmung!

Aus Flensburg wird, vom 26ten, telegraphirt. Die „Norddeutsche Zeitung“ theilt mit, daß dem Richard v. Keergard aus Kiel (einem Hauptführer der Augustenburger Partei) bei seinem Eintreffen hier selbst eine Mappe mit mehreren Exemplaren der hier verbotenen „Schleswig-Holsteinischen Zeitung“ und „Boheer Nachrichten“ polizeilich confiscirt und v. Keergard deshalb vom Polizeigericht in eine Strafe von 200 Mark und die Kosten des Verfahrens verurtheilt worden ist — Der Ministerialrath v. Hoffmann, Civilablaten des Statthalters von Holstein, ist hier eingetroffen und sofort vom Gouverneur v. Mantuffel empfangen worden.

Das „Verordnungs-Blatt für Schleswig“ enthält das Verbot der „Hamburger Zeitung“ für den Bereich des Herzogthums Schleswig.

[Zur erstinstanzialen Beurtheilung Schweizer's] ist die Mittheilung derselben dahin zu ergänzen, daß gegen denselben, außer der Beurtheilung zu Einem Jahre Gefängniß, auch noch auf Entziehung der bürgerlichen Ehrenrechte auf ein Jahr erkannt wurde, und daß der Beurtheilte Appellation dagegen angemeldet, auch seine Freilassung gegen Caution beantragt hat. Wir geben uns der entschiedenen Hoffnung hin, daß das Richtercollegium, welches zunächst darüber zu entscheiden hat, den Antrag begünstigen wird. Der Gefangene, welcher sich in Untersuchungshaft in der Stadtvoigtei befindet, hat jetzt Erlaubniß zur Privatverpflegung und ein eigenes Zimmer erhalten, während er in den ersten paar Tagen mit noch Mehreren in Ein Lokal eingeschlossen war.

Die Sonntagsnummer der „Staatsb.-Ztg.“, welche einen „Die Untersuchungschaft“ überschriebenen Leitartikel bringt, schreibt speciell über die Verhaftung Schweitzer's:

Da das erklossene Erkenntniß, welches überdies alle Merkmale eines angreifbaren trägt, nicht rechtskräftig, eine Vollstreckung der Strafe also gesetzlich nicht gerechtfertigt ist, so kann die über den Angeklagten verhängte Haft nur in die Kategorie der Untersuchungschaft gehören. — In dieser Hinsicht aber giebt die Maßregel zu gerechten Bedenken Anlaß, und zwar in einer Weise, welche die Rechtssicherheit bezüglich der persönlichen Freiheit wesentlich erschüttern und die öffentliche Meinung mit großer Besorgniß für die höchste aller Güter erfüllen muß. — In wie weit die Maßnahme des betreffenden Gerichts mit den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen harmonisch oder divergent, werden wir dieser Tage an dem geeigneten Orte unserer Zeitung sehen.

— [Den Geburtstag Böck's] feierte auch die Berliner Burschenschaft Brandenburg durch Ueberreichung einer Adresse. Prof. Böck antwortete der mit Ueberreichung der Adresse beauftragten Deputation: „Meine Herren! Ich habe der burschenschaftlichen Sache von ihren ersten Anfängen an stets ein warmes Herz entgegengetragen, da ich erkannte, daß die Burschenschaft eine gute und nöthige Reform des Universitäts- und Studentenlebens angestrebt. Zu meiner großen Freude haben sich auch glänzende Erfolge gezeigt. Mein hohes Alter hat es mir leider unmöglich gemacht, Ihrer letzten werthen Einladung zu folgen; seien Sie aber versichert, daß ich nach wie vor gleiches Interesse für Ihre Bestrebungen nehme, und indem ich Ihnen für die mir von Ihnen gewordene Ehrenbezeugung meinen herzlichsten Dank sage, wünsche ich Ihrem ferneren Streben den besten Erfolg.“ Von studentischer Seite haben noch der akademische Gesangsverein und das philologische Seminar dem Jubilar Glückwünsche dargebracht; ersterer erkante den Jubilar am Morgen durch den Vortrag einiger Gesangsstücke, letzteres überbande demselben durch eine Deputation ein Ehrengeschenk.

[Consecrationen und Prohprozeße.] Consecration wurde die Samstags-Morgennummer der „Magdeb. Presse.“ Benutzt wurde die „Rhein. Ztg.“ wegen zweier Artikel zu 25 und 50 Thlr. Geldbuße, so wohl für Redacteur als für Verfasser. — Weiter verlautet, daß das Verbot einer großen Wiener Zeitung für Preußen bevorstehen soll.

\*Wien, 24. Nov. [Neueste Finanzoperation. Die kaiserliche Familie. Die Ungarisirung.] Die „Wiener Ztg.“ bringt das Gesetz, betreffend die Beschaffung der zur Erfüllung der Verpflichtungen des Staates für 1865 und 1866 notwendigen Geldmittel. Dasselbe ermächtigt den Finanzminister, 90 Millionen Gulden Silber zu obigem Zwecke aufzubringen. In dem genannten Blatte erscheint ferner die Kundmachung über die neue, auf Grund obigen Gesetzes aufgelegte Staatsanleihe. Der Emissionspreis ist auf 345 Francs oder 138 Gulden Silber für jede auf 500 Francs oder 200 Gulden lautende Obligation festgesetzt. Die Obligationen sind fünfprocentig und erfolgt die Rückzahlung innerhalb 37 Jahren, durch halbjährige Verloosungen, im vollen Nennwerthe. Die Subscription erfolgt am Montag den 27. d. und wird nach Erforderniß am Dienstag und Mittwoch den 28. und 29. d. fortgesetzt. Die Obligationen werden an den Börsen von Paris, Wien, London, Brüssel, Amsterdam, Hamburg und Frankfurt a. M. cotirt. — Die „General-Correspondenz“ und die „Wiener Abendpost“ begleiten die Anleiheoperation durch eingehende, die volkswirtschaftliche Tragweite derselben hervorhebende Erörterungen. Erstere hebt als Vortheile die Herabminderung des Zinsfußes im Inlande, die Gewinnung eines neuen Marktes für die Oesterreichischen Papiere und endlich die Besserung der Valuten hervor. — Durch die kaiserliche Familie geht ein tiefer Miß; sämtliche Erzherzoge, mit einziger Ausnahme des Erzherzogs Stephan, der indeß für alle Zeiten unmöglich geworden, sind gegen die Ungarisirung und für die Aufrechtbaltung der deutschen Hegemonie. Der Abfall der Mittelstaaten durch Anerkennung Italiens soll hier einen tieferen Eindruck hinterlassen haben, als man gesehen will. Der Kaiser aber denkt nur an die Krönung in Ofen. Ist erst dieser Form Genüge geschehen, dann, so hofft er, werde man sich über das Wesen schon verständigen. Seine Hoffnungen stützen sich auf Deak's gemäßigtes Programm. Diese Hoffnungen dürften indessen auf Sand gebaut sein, da Deak und die Seinigen, so-

halb sie sehen, daß sie nicht mehr die Majorität im Lande haben, sich eher der extremsten Richtung anschließen, als die Schleppe der Wiener Hofburg tragen würden. Die letztere nährt die Parteigegensätze und befördert die extremsten Bestrebungen der Radicaleen, weil sie daraus Capital schlagen und die Reaction hervorrufen zu können hofft. Nun ist es aber sehr leicht möglich, sogar höchst wahrscheinlich, daß sie sich dabei verrechnet, und daß die Extremen die Andern mitreißen. Es ist unbegreiflich, wie man sich noch über die Endziele der magyarischen Bewegung, zu der freilich wir uns nur beglückwünschen können, zu täuschen vermag. Das Moriamur pro rege nostro (Laßt uns für unsern König sterben) ist in Ungarn längst zur lächerlichen Phrasen geworden.

Prag, 24. Nov. [Ein Antrag von Herbst und 79 Genossen] wird morgen nach vorausgeschickter Motivirung erfolgen und lautet: Der Landtag wolle sich dahin aussprechen, daß die baldige Wiederherstellung einer verfassungsmäßigen Behandlung der der Mitwirkung der Reichsverwesung vorbehaltenen Angelegenheiten ein dringendes Bedürfnis sei, und daß die als notwendig sich herausstellenden Abänderungen der ununterbrochen zu Recht bestehenden, in ihrem Fortbestande durch das September-Patent selbst anerkannten Grundgesetze nur auf verfassungsmäßigem Wege vorzunehmen sind.

\*Dresden, 25. Nov. [Zum Handelsvertrag mit Italien] veröffentlicht das „Dresdener Journal“ zwei Depeschen des Herrn v. Beust an die Sächsischen Gesandten zu Berlin und am Bundestage, welche auf den Handelsvertrag mit Italien Bezug haben. Die nach Frankfurt gesandte Depesche, vom 21. d. M. datirt, setzt die Gründe auseinander, aus welchen Sachsen es unterlassen, diese Frage an den Bund zu bringen. Eine längere Verzögerung sei mit den für Sachsen bestimmend gewesenen Gründen unverträglich und von der geschäftlichen Behandlung am Bunde, welcher die Angelegenheit dem betreffenden Ankauf überwiehen hätte, ein Aufschub und ein Zeitverlust zu gewärtigen gewesen, den die Sächsische Regierung vor dem eigenen Lande nicht hätte verantworten können.

Hamburg, 24. Nov. [Die holstein'schen Vereine] haben beschlossen, die in Schleswig verboten Blätter durch Abonnements zu entschädigen. Die Schleswig-Holstein'sche Zeitung bestätigt die patriotische Haltung der Südschleswiger.

Mecklenburg-Schwerin, 24. Nov. [Landtags-Eröffnung.] Vorgestern ist der Landtag in üblicher mittelalterlicher Weise in Sternberg eröffnet. Es haben sich dort bisher 68 adelige und 16 bürgerliche Ritter, außerdem 33 Bürgermeister eingemietet.

## Ausland.

\*Paris, 24. November. [Tagesbericht.] Die „France“ kündigt heute zur Armee- und Flotten-Reduction als erste Reform im Verwaltungsfache die viel besprochene der General-Einnehmer an, der ähnliche Maßregeln in den andern Zweigen der Verwaltung folgen sollen. Friedliche Politik im Aeußern und weiser Fortschritt im Innern sei die Parole des Tages; daß das Militärbudget nicht schärfer beschnitten wurde, schiebt die „France“ dem Umstande zu, eine wirkliche Entwaffnung sei eine große internationale Sache, die nur in Folge einer gemeinschaftlichen Verabredung mit den Hauptmächten Europa's erfolgen könne; was jetzt geschehe, sei jedoch als Vorspiel dazu zu nehmen, als ein Beispiel, das Frankreich ertheile, und als ein ausdrückliches Zeugniß, daß Frankreich zur Erhaltung des Friedens Vertrauen habe. — Das gleiche Blatt meldet: „Das Gerücht hat Glauben gefunden, daß diplomatische Verhandlungen zwischen Preußen und Rußland über die Erbherzogthümer-Frage angeknüpft wurden und daß Rußland die Personal-Union der Herzogthümer mit Dänemark beantragt hat. Herr v. Bismarck hat, wie man wissen will, die Absicht, nächstens die russische Note, die diesen Vorschlag enthält, zu veröffentlichen, um die Bevölkerung der Herzogthümer

einzuschüchtern, welche in Gefahr läme, Dänemark zurückgegeben zu werden, wenn sie sich weigerte, an Preußen zu kommen.“ — Der officiöse Londoner „International“, welcher soeben eintrifft, spricht auch schon von der russischen Note in Angelegenheiten der Personal-Union. — Chili hat die französische Vermittlung angesprochen, Frankreich dieselbe unter Vorbehalt der englischen Mitwirkung zugesagt. — Der Gesandte von Chili hatte eine Besprechung mit Drouyn de Lhuys. — Prinz Napoleon und seine Gemahlin gehen nicht nach Compiègne, obgleich sie mit der Kaiserfamilie vollkommen ausgehört sind. — Auf der seit dem 20. d. eröffneten, von Frankreich, Belgien, Schweiz und Italien beschiedenen Conferenz behufs Normirung der Münzsysteme dieser Länder, ist bereits eine Verständigung über die Grundprincipien erreicht worden, so daß ein befriedigendes Resultat als gesichert betrachtet werden darf. Sobald die Conferenz ihre Arbeiten zum Abschlusse gebracht hat, wird Frankreich bei Spanien, Portugal, Schweden und auch bei den Vereinigten Staaten Nordamerikas Schritte thun, um diese genannten Länder zu einer Annäherung ihres Münzsystems an das französische zu bestimmen. Man glaubt namentlich, daß die Vereinigten Staaten nicht allzu großes Bedenken tragen würden, den Dollar genau dem Fünffrankenstücke gleichzustellen. — Der Minister des Auswärtigen macht im Auftrage des Kaisers officiële Propaganda für die Entwaffnung, da man im Auslande weder den officiösen Ermahnungen, noch selbst den Winken des „Moniteur“ ein bereitwilliges Verständniß entgegengebracht hat. Drouyn de Lhuys hat daher nun durch eine Note alle Mächte von dem Entschlusse Frankreichs in Kenntniß gesetzt und zugleich die Hoffnung ausgedrückt, daß das Beispiel Nachfolger finden werde. In Anbetracht des nichts sagenden Characters der Reduction eine lächerliche Komödie! — Fould arbeitet im Augenblicke mit großem Eifer an seinem finanziellen Berichte, welcher, wie es heißt, am 10. Dec. erscheinen soll. — Er will im Ganzen eine Ersparniß von 40 Millionen erzielen, was im Grunde genommen wenig ist, da man Anfangs versichert hatte, daß das Budget des Kriegs-Ministeriums allein schon um 40 bis 50 Millionen verläßt werden würde. — Was dagegen Compiègne anbelangt, so bemerkt man dort nicht im geringsten, daß gesparrt werden soll. Die dortigen Feste sind so glänzend, wie früher, und das Halsband, welches der Kaiser der Prinzessin Anna Murat zum Hochzeitsgeschenke machte, hat einen Werth von mehr als einer halben Million. Das Vergnügen, von einem Kaiser regiert zu werden, kostet Frankreich viel Geld.

— 25. Nov. Die Cholera ist wieder im Zunehmen begriffen; gestern starben 60 Personen. — Die Gefälligkeit des hiesigen Cabinets gegen Oesterreich, dem man Geld verschafft, um Italien in Schach zu halten und Bismarck'schen Plänen einen Dämpfer aufzusetzen, ist ein politischer Tauschspielerstreich auf Kosten der kleinen Capitalisten. Sollte jedoch Fould in die Lage kommen, Geld zu brauchen, so könnte ihm der gegenwärtige Solidaritätsschwindel mit Oesterreich theuer zu stehen kommen. Ueber die Reise Garibaldi's nach Florenz wird hier folgendes als zuverlässig behauptet:

Einige Zeit vor Zusammentritt des Parlaments war das Gerücht verbreitet worden, daß Victor Emanuel in seiner Thronrede die Kammer auffordern werde, die berühmte Tagesordnung vom Jahre 1861, welche Rom zur Hauptstadt des Reichs erklärte, zurückzunehmen. Es scheint, daß dieses Gerücht nicht ganz unbegründet gewesen sei, und Garibaldi, wie sonst Jedermann, somit von dem unterrichtet, was, wie er glaubte, sich ereignen würde, hielt es für seine Pflicht, gegen ein derartiges Aufgeben der Sache des Volkes zu protestiren. Er begab sich deshalb zunächst incognito nach Florenz. Indessen heutzutage fällt es schwer, besonders einer Regierung gegenüber, ein solches Incognito aufrecht zu erhalten, und so blieb auch dem Könige die Ankunft des berühmten Patrioten nur für sehr kurze Zeit ein Geheimniß. Dieses Ereigniß, ohne vielleicht dem innersten Gedanken Victor Emanuels Abbruch zu thun, hatte doch eine offenbare Aenderung in der Haltung der Regierung zur Folge, so zwar, daß der König, wohl erwägend, wie das Parlament eine Menge neuer Elemente enthalte, deren Tendenzen man noch wenig sicher sei und deren Temperament noch unerforscht geblieben, den Entschluß